



Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Donhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Donhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 3 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Verlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verbindlichkeiten für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzeige 10 Pf.] Nr 358

MITTWOCH, 27. JULI 1932

ABEND-AUSGABE

Machtpolitik im Reichsrat

Papen als Reichskommissar instruiert die preußischen Stimmen

Reichskanzler von Papen hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar von Preußen die Mitglieder des Reichsrats Braun brieflich davon verständigt, daß er sie als ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat enthebe. Im Stille des Reichspräsidenten Braun und des Staatsministers hat Reichskommissar von Papen den von ihm ins Innenministerium entsandten Oberbürgermeister Dr. Bracht und die kommissarischen Ministern ernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt.

Die Mitglieder des Kabinetts Braun haben die ihnen zugegangene Mitteilung mit einer Rechtsverwahrung beantwortet. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, der am Montag vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden ist, bezog sich, wie man weiß, nicht nur darauf, daß der Reichskommissar sich nicht als preußischer Ministerpräsident bezeichnen und daß die von Papen bestellten Reichsverwalter nicht als Staatsminister auftreten dürfen, sondern auch, daß sie und ihre Vertreter nicht als Staatsminister Preußens im Reichsrat vertreten dürfen. Wenn auch eine „einstweilige Verfügung“ abgelehnt worden ist, so steht die lachliche Entscheidung des Staatsgerichtshofs doch noch aus.

Trotzdem hat Herr von Papen eine Maßnahme getroffen, die die verfassungsmäßige Funktion des Reichsrats erheblich gefährdet. Der Reichsrat soll nach der Verfassung ein selbständiger Faktor der Gesetzgebung sein. Nach Artikel 60 bedarf die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Zustimmung der Reichsregierung und dem Reichsrat zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats wahrzunehmen. Der Reichsrat hat ferner ein Einpruchsrecht gegen Verträge, die vom Reichspräsidenten beschlossen werden sind. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme, bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß von 350 000 Einwohnern 700 000 gleichgerechnet wird. Um eine Majorisierung der anderen Länder durch Preußen zu verhindern, ist in der Verfassung aufgenommen worden, daß kein Land durch mehr als 3/4 aller Stimmen vertreten sein darf.

Diese Schwerkraft wird jetzt dadurch beseitigt, daß in Wirklichkeit die preußischen Stimmen im Reichsrat durch den Reichskanzler als Reichskommissar beziehungsweise durch seinen Stellvertreter instruiert werden.

Das Gegengewicht

Die Reichsregierung beruft sich nach innen und außen auf die Unterstützung, die ihr von den rechtsradikalen Gruppen zuteil werde. Ein Blatt, das sich für das Kabinett im Ganzen und für Herrn von Papen in besonderem Maße einsetzt, beantwortet die Frage, wie man für Papen stimmen könnte, mit der Parole: „Die Stimme der Preußen, wobei zu bedenken ist, daß der Nationalsozialismus der Aktivwirkung erprobter Faschisten und politisch ausgeglichener Persönlichkeiten bedürfte“. Diese „politisch ausgeglichener „Faschisten“ finden sich, wie man annehmen darf, im Lager Eugenbergs, der nach dieser Interpretation der Chef der eigentlichen Regierungskreise wäre.

In manchen Kreisen nimmt man an, daß die Deutschnationalen am 31. Juli einen gewissen Auftrieb erfahren werden, teils durch Rückstrom von Mitläufern, die den Ausmarsch im Reich und das Vorgehen in Preußen als einen Erfolg Eugenbergs betrachten, teils durch Zutrom von Gruppen, die — wie nach der Revolution bei den Demokraten Schick und Mühlhoff gegenüber „jeglichem Sozialismus“ luden. Ob diese Erwartungen zutreffen, wird sich je zeigen. Wichtiger bleibt jedenfalls für den Fortbestand der Regierung der „nationalen Konzentration“ die Frage, wie tagtäglich der „Halt Hitler-Schleicher“ ist. Der Reichswehrminister hat gestern in seiner Rundfunkrede, die ein Meisterstück effektvoller Selbstloben war, durchblicken lassen, daß er keinen Anteil an der Durchführung dieses „Gemeinam“-Agierens habe. Danach wäre die Frage: wie möglich? Man hat sich hier zu beunruhigen, daß eine Stärkung der Nationalsozialisten den Wünschen des entscheidenden Faktors in der Regierung entspräche. Freilich unter der Voraussetzung, daß Hitler nach dem 31. Juli bereit und in der Lage wäre, seine Befolgung auf der Linie einer aktiven Föderationspolitik zu halten, unter Voraussetzung des Termins der Wählerregierung, an den die Waffen der Anhänger unbegrenzt materielle und ideelle Hoffnungen anknüpfen.

Die Presse der Nationalsozialisten gibt keinen Aufschluß über die Vorgänge innerhalb dieser mit den angeführten Bewegung. Der „Hilfliche Beobachter“ berichtet den größten Teil seiner Nachrichten für die Darstellung der Verammlungsfolge Hitlers. In immer neuen Bildern wird der Eindruck gezeichnet, den der „Freiheitsgeist des Führers“ — so ohne wurde so viel Freiheit verprochen, wie in diesen Tagen schwerer Verdrehung der Freiheit — auf alle deutschen Stämme, alle Stände und Altersklassen vom fälschenden Sozialismus bis zum ventergeleiteten Arbeitervolk und auch die Erklärungen Hitlers, die sich immer gelassener bleiben, wölft häufig von irgendeiner Beziehung zu den aktuellen Fragen. Sie appellieren an Menschen, die durch das gemeinsame Erlebnis der Masse aufnahmefähig für die Suggestionen der Führerüberhöchlichkeit sind. Alles ist auf himmlische Werbung eingeteilt, die kein „Mittion“ aus dem grauen Alltag führen soll. Ueberrungen haben aufmerksamer Zeller von Hilfers Lebenswert „Mein Kampf“ festgehalten, daß in der neuesten, 12. Auflage, der Sachgehalt ist, der in letzter Zeit vielfach zitiert wurde: „Der Deutsche hat keine bloße Ahnung, wie man das Volk beschuldigen muß, wenn man Massenanhänger haben will.“

Während „der Führer“ seinen Flug über den Wolken fortsetzt, bewegt sich die Agitation seiner Partei weiter in den Abdrücken eines Kampfes, der keine Rücksicht kennt, auch wenn die Regierungslinie die nicht zur Gefährdung der nationalsozialistischen Wünsche gehen kann. Mehr als je überwiegt in der Stimmung von Flugblättern und Werbebüchlein der sozial-radikale Ton. In einem Wahlblatt, das unter dem Titel „Deutschland erwache, Kampfbüchlein der Schaffenden“ erscheint, wird sogar ganz offen an die Kommunisten appelliert, sie möchten sich „in der deutschen Arbeiterbewegung Adolf Hitlers anschließen“, mit der Begründung, der Kampf um Deutschlands Zukunft ist ein Kampf, der nicht nur um Deutschlands Zukunft, sondern auch um die Welt geht.

Manentlich in den Reihen der SA. war schon bisher der Prozenzhitler „Kommunisten“ — und merkt nicht, daß ein wirklicher Gesinnungswandel vorliegt? — außerordentlich hoch. Die Werbung verfolgt doch offenbar den Zweck, diesen Prozenzhitler zu erhöhen. Wer kann wissen, wie sich die Spannungen zwischen dem offiziellen Ares der Partei, den Hitler vertritt, und den gärenden Massen seiner Anhänger bei einer entzündeten Probe auswirken werden? Für den Wähler, der die Gefahr dieser Entzündung hat erkannt, kann es nur bei Parole stehen, wie es zu entscheiden, daß ein hartes Gegengewicht geschaffen wird, auch für den Fall, daß die Berechnungen nicht stimmen, die der Konzeption Schleichers zugrunde liegen. I. E.

Bolivien macht mobil

BUENOS AIRES, 27. JULI

Nach Meldungen aus La Paz hat die bolivianische Regierung die allgemeine Mobilisierung angeordnet. Die Truppen sind bereits bis auf zwei Regimenter in die paraguaysche Grenze in Marsch gesetzt. Man rechnet damit, daß die Kriegserklärung von Durchführung der Mobilisierung am 6. August erfolgen wird.

In Muzelun, der Hauptstadt von Paragway sollen sich bereits 10 000 Wehrmänner in den Kasernen eingefunden haben, obwohl die Regierung bisher noch keine Kriegsvorbereitungen getroffen hat. Die nationale Begeisterung hat auch die Frauen erfasst, die ihre Schürmüchlein für die nationale Beteiligung zur Verfügung stellen. Wenn nicht bald eine energische Vermittlung dritter Mächte im Chaco-Konflikt einsetzt, wird ein Krieg zwischen Bolivien und Paragway nicht zu vermeiden sein.

Anleihe-Vertragung wahrscheinlich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 27. JULI

Belmuche und Landbank fordern die Vertragung der Abtimmung über den von Lausanne Anleihevertrag auf den Herbst, im gegenwärtigen Zeitpunkt werden sie gegen die Anleihe stimmen. Nun verlangt der Reichsfiskus der Christlichsozialen Partei den Rücktritt der Regierung und die Erklärung, daß sich die Christlichsozialen an keiner anderen Regierung beteiligen werden; dies mit der Absicht, den Bundespräsidenten zu zwingen, das Parlament vorläufig auszulösen. Die Mehrheit der Christlichsozialen dürfte aber für ein derartiges Experiment nicht zu haben sein, sondern sich lediglich mit der Regierung Döblich in die Vertragung der Vorlage des Lausanne Protokolls schicken.

Die Sozialdemokraten, die sich zur neuen Anleihe zu äußern hatten, veröffentlichten ein Mehrheitsgutachten, dem sich auch Wien angeschlossen hat, ein „Minderheitsgutachten“ Tirols, Südtirols und Salzburgs. Aus dem Mehrheitsgutachten ist hervorgegangen, daß es „ungeachtet der Schwere der Bestimmungen des Anleihevertrages“ keinen anderen Ausweg gebe.

Das Minderheitsgutachten erklärt, daß man durch die Aufnahme der Anleihe immer weiter und immer bedenklicher auf eine vollständige Bahn geraten würde. Nur wegen des höchsten Schuldenstands haben die Staatsausgaben immer wieder erhöht können. Selbst wenn man den Kredit aufhört, ist die Bedingung der älteren Anleihen schon in wenigen Monaten wieder eine offene Frage. Besonders bedenklich ist die Bestimmung des Artikels 9 über die Austragung von Zinsrenten,

wobei nicht nur die Einkünfte im Silberwährungs, sondern auch der Haug angehalten werden sind.

Der Bankenvorband erläßt eine Rundgebung für die Anleihe.

Aus dem Gutachten sämtlicher Arbeiterkammern sei hervorgegangen, daß sie die vorausschätzlichen Kosten der neuen Anleihe bei Währungsverlust mit 60 Millionen in der Zahl berechnen und verlangen, es müsse erst einmal bekanntgegeben werden, wie man diesen Betrag aus der Wirtschaft herauslösen könne. Man fenne die finanziellen Bedingungen noch nicht einmal andeutungsweise.

Niobe...

Sundert junge, zukunftsfröhliche Menschen führen unter der Innatenden Romantik riesiger Segel auf die See hinaus, die ihr Lebenselement werden soll. Von Grund auf sollen sie die Schiffskunst lernen, das Regiment will es so, die Renter glauben, daß nur der Umgang mit Segeln die richtige Grundlage für einen künftigen Geschäftserfolg abgeben kann.

Sundert junge, zukunftsfröhliche Menschen lernen den Wind belauern und mit Wind und Sturm umgehen, fliegen die Masten aus und ab, reffen und bergen Segel und zwingen das Element der Luft, dienstbar zu sein.

Und da geschieht es. Heimtückisch schiebt eine Wö heron, heimtückisch, wie sie in den Winnschiffen besonders sind. Doch es die Kommandos durchdringt werden können, hat der Sturm das Schiff umgelegt, nur Gestanden dauert es, dann ist das Schiff ein totes Stück Holz in der Tiefe der See, ein totes Stück Holz, belastet mit langen Stämmen, den Masten, und tauchigen Flächen Leinwand, die Segel liegen.

Neunundfünfzig blühende, junge, zukunftsfröhliche Leben sind erloschen, und es ist nur ein schwacher Trost, daß der Tod diese jungen Leben rasch und pöhslich genommen hat. Neunundfünfzig Mütter haben einen Sohn verloren. Der Name des Schiffes klingt mit einmal wieder erschreckend symbolisch in seinem alten Sinn: „Niobe“.

Niobe, die Tochter des Tantalus, mußte in einer Stunde alle ihre Kinder einem nichtigen Schicksal hingeben. Neunundfünfzig deutsche Mütter haben das Schicksal dieser Mutter nun an sich erfahren. Sie sind berstete Säugner — und alle Mütter und Väter fühlen mit ihnen.

*

Über den grauenvollen Untergang des deutschen Schiffs sind berichten wir auf der 4. Seite des Hauptblattes, wo auch die Details veröffentlicht.

Briefwechsel Hugenberg-Bapen

Verwaltungs- und Finanzreform — Regelung der in- und ausländischen Schulden

Hugenberg läßt einen Briefwechsel veröffentlicht, der zwischen ihm und dem Reichspräsidenten stattgefunden hat. Das Schreiben Hugenbergs beginnt mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschnationalen „nicht parlamentarisch eingestellt“ seien. Darauf folgt schon, daß es nicht den Wunsch hätten, mit parlamentarischen Hilfsmitteln einem von der Autorität des Reichspräsidenten getragenen, sich von dem bisherigen Regierungssystem abwendenden Kabinett-Schweitzelgei zu machen. Aber aus der „Mitverantwortlichkeit für die nationale Bewegung“ ergebe sich die Kritik an zwei Maßnahmen der Regierung, an der Notverordnung vom 14. Juni und an dem Mißbrauch des Vertrages vom Lausanne:

„Der jegliche Inhalt der Notverordnung vom 14. Juni 1922 ist in unübersehbarer, als damit zunächst keinerlei aufzuhebende Maßregeln verbunden worden. Auf solche wartet das ganze Volk. Nach meiner Auffassung ist die dringlichste Maßnahme eine grundlegende und ihren künftigen staatlichen Eingriff in die Privat- und Geschäftsbereiche ausschließende Regelung der bestehenden Schuldverhältnisse. ... Mit diesen Vorklären müde der deutschen Wirtschaft ohne ein eigentliches Notatorium eine neue sichere Grundlage und die Möglichkeit eines Auslandes unabhängig tragen zu lassen. Die Notverordnung, welche die Notverordnung bringt, erfordern die wichtigsten Maßnahmen die Aussicht auf Erholung gegeben.“

Mit einem sofortigen Vorgehen dieser Art müde, auch die Gefahren größtenteils abgelegen sein, die mit dem Ergebnis von Lausanne verknüpft sind. Wir rechnen mit der Möglichkeit, daß es unabhängig von deutschen Entschlüssen zu keiner Ratifizierung kommen wird. Aber selbst für den Fall der Ratifizierung wie der Richttätigkeit würde eine Neuauflage und Anknüpfung bestehender Schuldverhältnisse eine neue für Deutschland tragbare Grundlage schaffen, und zugleich den notwendigen Kampf um die deutsche Wehrbarkeit und eine wirtschaftliche europäische Abstützung erleichtern.“

Bapens Antwort

Reichspräsident von Bapen hat auf diesen Brief wie folgt geantwortet:

„Ich begreife es lebhaft, daß die Arbeit der Reichsregierung bei Ihnen, sehr geehrter Herr Reichspräsident, und in den Kreisen Ihrer Anhängerschaft lebhaft eine Bewegung ist, die mich bei dem Amt befähigende Maßnahmen, frei von allen Verbindungen aus eigener Verantwortung und nur nach höchsten Gesichtspunkten ihrer Entscheidung zu treffen hat, mich natürlich demüßigt. Das Verständnis aber aufbauenden Mißtrauens Deutschlands für ihre Handlungen zu werden. Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichsleitens zur Sicherung der öffentlichen Gesundheit und zur Erhaltung der Volkswirtschaft eine schwere Aufgabe für das Reichsleitens in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellen müßten. Bei der Sorge, die das Reichsleitens nach Übernahme der Regierung vor sich hat, aber zunächst kein anderer Entschluß möglich als der, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, ohne Getreue und rücksichtslos durchzuführen.“

„Erfst nachdem die Reichsregierung in der auszuübenden wie in der inneren Politik, in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht, durch ihre bisherigen Handlungen die Auseinandersetzung mit dem Erb der vorangegangenen Regierungen zu einem gewissen Maß gebracht hat, kann die Arbeit des Reichsleitens beginnen. Sie wird darin bestehen müssen, aus dem bisherigen mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungswesen eine noch einmal einheitlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik geregelte Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Schäden zu beseitigen sein werden. Sondern in dem damit verbunden ist ein eingehendes Veranlassung- und Finanzreform geben müssen, durch die sich die besten des Vermögensapparates der öffentlichen Schuld auf das Maß verringern, das der Veranlassung Deutschlands entspricht. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen Schulden eine wichtige Rolle spielen wird.“

Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen sehr geronnen Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen eine grundsätzliche Maßnahmen zur Durchführung bringen.“

Wahlpropaganda

Der „Deutschnationale“ behauptet, die preussische Staatsregierung habe bei der letzten Przeworski 2 Millionen Mark aus einem Beschlusse der Wahlpropagandabewehrung zur Verfügung gestellt. Wie von zuständigen Stelle mitgeteilt wird, ist seitens des Reichspräsidenten eine eingehende Untersuchung angeordnet worden. Das Ergebnis wird bald der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

Wechsel der Leitung der Polizei-Preßstelle

Dr. Haubach entlassen

Der Leiter der Preßstelle im Berliner Polizeipräsidium, Dr. Theodor Haubach, ist heute vom Polizeipräsidenten Dr. Weiser mit sofortiger Wirkung ohne Angabe von Gründen seines Amtes entlassen worden. Zu seinem Nachfolger wurde zunächst der Leiter des Polizeiamtes Charlottenburg, Regierungsrat Dr. Wisch, ernannt, der Dr. Haubach laubend bis zu weiterer Pflege. Der noch auf zwei Jahre laufende Verordnungsvertrag Dr. Haubachs wird durch seine Entlassung nicht berührt.

Dr. Theodor Haubach, feldherr Hamburger Redakteur, wurde zur Zeit, als General Reichsinnenminister war, in die Pressefreiheit des Ministeriums berufen und trat später unter Zugabe als Presseleiter ins Polizeipräsidium. Er hat mit delinquentem Verstand und Zeit die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Presse unparteiisch gefördert. Die Berliner Presse verurteilt Dr. Haubach einen wertvollen Ausbau der Pressefreiheit. Das aus politischen Gründen erfolgte Ausscheiden Dr. Haubachs, der aus seiner Entscheidung republikanischen Einstellung niemals ein Zeugnis gemacht hat, wird von allen bedauert werden, die mit ihm zusammen gearbeitet haben.

Auch Breuer auf freiem Fuß

Nachdem gegen den Polizeijäger Walter Enke nach Aufhebung des Ausnahmezustandes über Berlin aus der Haft entlassen worden war, ist heute auch der Schriftsteller Robert Breuer, der auf Grund eines Urteils der „Berliner Vorklären“ wegen angeblicher Vergehens in einer Vernehmung der Geheimen Front verurteilt worden war, wieder auf freiem Fuß gelassen worden.

Breuer war zunächst in Haft behalten worden, da der Vernehmungserichter im Polizeipräsidium erst heute über den Erfolg eines Haftbefehls entscheiden sollte, nachdem die Akten dem Oberverwaltungsamt zugewandt worden waren. Der Vernehmungserichter hat jedoch den Erfolg eines Haftbefehls mangels dringenden Kater-

Kämpfe bei Rintschau

Erneute Verschärfung der Lage in der Mandchurei

TOKIO, 27. JULI

Das japanische Oberkommando teilt mit, daß im Bezirk von Rintschau, an der Grenze Wladimir-Tientsin, ein japanischer Aufstand ausgebrochen sei. Die Bewegung werde durch Wardschil (Schanghaier) unterstützt. In dem Bezirk seien etwa 30.000 Mann chinesische Truppen sowie 120 Flugzeuge zusammengezogen worden. Weiter wird gemeldet, daß in der Nähe von Rintschau Rantei (Jap. Namen) hohe zwischen einer japanischen Kavalleriebrigade und Truppen (Schanghaier) Kämpfe ausgebrochen hätten. Der Ausgang der Kämpfe ist noch nicht bekannt.

Nach japanischen Veröffentlichungen hat der chinesische General in Tokio im Außenministerium gegen die Anwesenheit japanischer Truppen bei Rintschau protestiert und darauf hingewiesen, daß ein Angriff auf die Truppen (Schanghaier) eine neue Kriegshandlung darstellen würde, die für die Entwidlung der politischen Lage im Fernen Osten von größter Bedeutung sein müßte. Die chinesische Regierung verlangt die Einstellung der japanischen Truppen bei Rintschau.

Postverkehr nach der Mandchurei eingestellt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 27. JULI

Der Postverkehr mit der Mandchurei beginnt immer schlechter und einziehender zu werden. Die vor einigen Tagen angekauften entzifferten Maßnahmen der chinesischen Regierung sind jetzt nach einem heute dem Völkerverbund übergebenen chinesischen Telegramm getroffen worden. Die Oberpostdirektion in Schanghai hat dem Völkerverbund mitgeteilt, daß der Postverkehr mit der Mandchurei eingestellt ist. Sämtliche Briefkasten der mandchurischen Regierung werden von der chinesischen Verwaltung als unzulässig und Briefe mit solchen Marken als nicht frankiert angesehen.

Vorab-Konferenzplan

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. JULI

Auf eine Anfrage des Londoner „New Chronicle“ hat Senator Vorab Washington aus dem für die Weltwirtschafts-Konferenz vorgeschlagen und betont, daß der amerikanische Wahlkampf kein Hindernis für die internationale Aussprache sein würde. Vorab sagt sich dafür ein, daß Amerika die Einladungen zu der Konferenz möglichst bald erlößt, ohne dabei die Diskussion der Kriegsschulden von der Beratung auszuscheiden.

In politischen Kreisen Washingtons scheint man der Initiative Vorabs sympathisch gegenüber zu stehen, auch wenn weiter betont, daß Vorab nicht einer erneuten Aussprache mit China seine Möglichkeit gibt, das Reichspräsidentenproblem gegenständig zu lösen. Daher ruht man nicht mit einem antizipierten Schritt in der von Vorab gekennzeichneten Richtung.

Notatoriumswünsche in Argentinien

BUENOS AIRES, 27. JULI

Die Vermählung der Prinzessin Santa Fe hat sich an die Regierung mit dem Hinweis gemeldet, die ein Notatorium von drei Jahren für die Zinsen ihrer Anleihen und Schulden zu gewähren, damit sie für die Abzahlung von Unterhaltungen an Grenzposten beginnen kann. Der Senat, die Abgeordnete, der demokratische Prä-

sident angeht. Ohne dem Ergebnis der weiteren Untersuchung vorgelegt zu werden, wird man über die Stabilität der Mitteilungen der „Botschaft“ berechtigte Zweifel hegen dürfen.

Staatsminister Schreiber:

„Ich flage an“

Der Wahlkampf der Deutschen Staatspartei, die für heute aber 8 Uhr in das Angerhaus in der Wasserstraße einberufen ist, kommt eine besondere Bedeutung zu. Außer den Reichstagsabgeordneten Dr. Reinhold nimmt der preussische Staatsminister Dr. Schreiber das Wort, um die Aktion gegen die preussische Regierung zu kennzeichnen. Das Thema des Vortrags lautet: „Ich flage an.“

Brüning freitag im Sportpalast

Die Pressefreunde der Zentrumspartei schreibt aus: „Die Nationalsozialisten verbreiten in Flugblättern und Presse-entwürfen die Behauptung, daß die Zentrumspartei den Reichspräsidenten, Dr. Brüning zurückzugeben, und daß er in der Mandchurei am Freitagabend im Sportpalast nicht sprechen werde. Dieser wird das unumkehrbar verneint, daß die Sportpalast-Veranstaltung überhaupt nicht stattfinden werde. An all diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Die Kundgebung wird selbstverständlich stattfinden und Dr. Brüning wird sprechen.“

An Stelle von Brüning wird Justizrat Dr. Wönig, der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei und stellvertretende Vorsitzende der preussischen Zentrumspartei, als Zentrumsvorsteher am Donnerstag im Kaufhaus sprechen.

Kämpfe bei Rintschau

Erneute Verschärfung der Lage in der Mandchurei

TOKIO, 27. JULI

denstschickhabend, soll sogar ein allgemeines Notatorium für das ganze Land fordern, da er sonst eine Finanzkatastrophe befürchtet.

Antideutsches „Fest des Meeres“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 27. JULI

Das politische Interesse der polnischen Öffentlichkeit wendet sich nach der Unterzeichnung des Wilson-Vertrages mit der Convention jetzt ganz der Mandchurei zu, die in den nächsten Wochen in Ödnen stattfinden werden, um von neuem die polnischen Ansprüche auf den Weichselgebiet zu unterstützen. Im nächsten Sonntag wird dort zum erstenmal ein sogenanntes „Fest des Meeres“ durchgeführt werden, an dem auch der polnische Staatspräsident in Begleitung einer ganzen Anzahl von Ministern teilnehmen wird.

Zwei Wochen später, am 14. August, folgt ebenfalls in Ödnen die diesjährige Tagung der Weichsel-Regionen. Die Weichsel-Region interessiert sich lebhaft für die Frage, ob auch Weichsel-Regionen selbst an dieser Veranstaltung teilnehmen werden.

Eingeleitete Welle darauf hin, daß es das erstmalig wäre, daß der Weichsel-Region an einer polnischen Demonstration mit antideutschem Charakter teilnehmen würde. Bisher sieht es in keiner Weise so, ob Willkür bei den Ödnen kommen wird.

Mundschau im Auslande

Enrico Malatesta

Im Alter von über 80 Jahren ist der einflussreiche Führer der italienischen Anarchisten, Enrico Malatesta, gestorben. Seit dem Ausfließen des Sozialismus lebte er zwar politisch beobachtet, aber sonst ungehört, in einem der großen und bei Zeiten des italienischen geschilderten Volkshäuser der Peripherie. Im Jahre 1912 hat der sozialistische und anarchische Mundschau in der Romagna, wo auch die Republik angegriffen wurde, hatte ihm der junge Mussolini politisch und persönlich Hilfe nachgehoben.

Gravins Nachfolger?

In Schanghai hält sich zur Zeit der Direktor der Vermählungskommission des Völkerverbundes, Gravins, auf. Bei den in den nächsten Tagen nach Dongjag fahren wird. Verhinderter wird dieser baltische Diplomat, der schon seit längerer Zeit im Dienste des Völkerverbundes steht, als Kandidat für die Nachfolge des Italieners Graf Gravins als Völkerverbundsdirektor für Dongjag genannt.

Ägypten will in den Völkerverbund

Der Eintritt der Türkei in den Völkerverbund hat in offiziellen ägyptischen Kreisen nach dem Verzicht der Kaiserin Freizeit lebhaftes Interesse hervorgerufen. Innerhalb der Regierung werden engherzige Vermählungen gemacht, um auch Ägyptens Aufnahme durchzuführen. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Abklärung bestimmter Forderungen, die Wiedereinrichtung, Polizei u. a. betreffen, in Vereinbarung mit dem Völkerverbund durchgeführt wird.

Demokratischer Sanierungskommissar in USA

Präsident Hoover hat zum Vorsitzenden des Direktoriums der Reconstruction Finance Corporation den Reichsminister Senator Stiles Pomeroy aus Cleveland ernannt, der als einer der bestkennnten Ränge im demokratischen Lager gilt. Seine Ernennung als Politiker hat er sich bei der Berufung des großen teapot domo-Commissars verdient und gilt auf Grund seiner Mitarbeit am Bundesbankgesetz als eine Autorität in Finanzfragen.

Trotz allem Staatspartei!

In der „Vossischen Zeitung“ ist mit aller Entschiedenheit betont worden, daß bei dem Entscheidungskampf gegen die Diktatordurchführung keine Stimme verloren gehen dürfe. Das folgende Plädoyer für die Deutsche Staatspartei dient dem Zweck, die Wirksamkeit der Stimmabgabe für die Deutsche Staatspartei zu erweisen:

Immer wieder, im größeren Kreise und im persönlichen Zweiggespräch, wird dem, der für die Kandidaten der Staatspartei wirbt, aus von allen ihren Beschäftigungsgenossen der eine Satz entgegengehalten: „Anderer Stimme gibt es keine.“ Das ist die Wirkung der Wahlschlange vom 24. April 1932, bei der mit etwa 375 000 Stimmen nur zwei Abgeordnete der Staatspartei in den Preussischen Landtag gewählt wurden, während die etwa gleich große Stimmzahl der Deutschen Volkspartei sieben Abgeordnete ergab.

Kein veranwortungsbewußter Politiker kann die Argumente leicht nehmen. Aber niemand darf sich einfach Stimmlosigkeit von ihm fällen lassen, ohne sich sorgfältig zu überlegen, ob und inwieweit die Analogie der preussischen Landtagswahlen für die bevorstehende Reichstagswahl maßgeblich ist.

Dazu muß man sich vor allem die Reichstagsvergangenheiten, die Bestimmung, die der Staatspartei am 24. April verhängnisvoll gewesen ist, ist der § 32 Absatz 2 des Preussischen Landeswahlgesetzes, der wörtlich mit dem letzten Satz des nachstehenden § 32 des Reichswahlgesetzes übereinstimmt. Das Gesetz bestimmt in § 31, daß der Reichswahlkreis zunächst die in den Wahlkreisverordnungen auf die verbundenen Kreiswahlvorstände gestellten Stimmen zusammenzählen und auf je 60 000 in dieser Weise gemessene Stimmen einen Abgeordneten zu zuerzählen hat. Sodann heißt, sagt § 32, „der Reichswahlkreis muß in allen Wahlkreisen oder Wahlkreisverordnungen auf die Reichswahlvorstände gestellten Bestimmungen zusammen und stellt jedem Reichswahlvorstand auf je 60 000 Bestimmungen einen Abgeordneten zu.“ Ein Kreis von mehr als 30 000 Stimmen wird von je 60 000 gleichgeteilt. Einem Reichswahlvorstand obliegt es, die Zahl der Abgeordneten zu bestimmen, die auf die ihm angefallenen Kreiswahlvorstände entfallen sollen.“

Die Reichstagsliste ist also ganz klar. Gezeigt werden für die Reichstagsliste sämtliche Stimmen, auch die der Wahlkreisverbände, die keinen Kandidaten durchgebracht haben, aber die Zahl der Abgeordneten, die in den Wahlkreisverordnungen gewählt worden sind, bezieht die Zahl der auf die Reichstagsliste zugewiesenen Sitze in einem Wahlkreisverband, nämlich Berlin-Votum B I, ein Abgeordneter gewählt worden, infolgedessen konnte auch nur einer auf den Landeswahlkreis für gewählt erklärt werden. Die Sicherheit, mit der man auf die Verwendung der Bestimmungen auf der Reichstagsliste rechnen kann, hängt also von der Sicherheit ab, mit der man in den Kreisverbänden Abgeordnete erwählt hat.

In dieser Beziehung liegt die Bedingung nun wesentlich tiefer als bei der Preussischen Wahl, weil gerade mehrere nichtpreussische Wahlkreise der Partei gute Chancen bieten. Als in diesem Sinne sicheren Wahlfalles darf man zunächst Hamburg anführen, das mit Schleswig-Holstein im Wahlkreisverordnungen ist. Hamburg hatte bei der Reichstagswahl von 1930 64 000 Stimmen, wozu in Schleswig-Holstein 42 000 kamen. Die Stimmen in Schleswig-Holstein haben bei der Landtagswahl abgenommen, dafür sind die Stimmen in Hamburg bei der letzten Reichstagswahl auf über 80 000 gestiegen. Ein Zweifel daran, daß beide Wahlkreise zusammen mindestens 60 000 Stimmen erbringen werden, ist also nicht zu rechtfertigen.

Der zweite kreisreiche Wahlkreisverband ist Württemberg-Baden. Dort hatten Staatspartei und Volkspartei bei der vorigen Reichstagswahl gemeinschaftlich eine Einheitsliste aufgestellt und in beiden Wahlkreisen zusammen 251 400 Stimmen erbracht. Es ist natürlich, daß die Partei in beiden Wahlkreisen auf die beiden Parteien verteilten. Nur das kann man sagen, daß bei den früheren wahlparteilichen Wahlen die Stellung, der einflussreichen Partei, sehr abgenommen hat und, daß denen, die noch die Kreisvereinigungen hochhalten, gar nichts anderes übrig bleibt, als diesmal für die Staatspartei zu stimmen. Man kann deshalb ein Mandat als sicher, ein zweites als höchstwahrscheinlich bezeichnen, ohne sich Illusionen hingucken.

Der dritte kreisreiche Kreisverband ist Sachsen, das zusammen 130 000 staatsparteiliche Stimmen aufbrachte. Darunter waren allerdings vielleicht 20 000 bis 30 000 jüdische (sozialnationale) Stimmen. Diese Gruppe stellt keinen Kandidaten auf. Von ihren Angehörigen wird man mitteilen ein nicht unerheblicher Teil wieder für die staatsparteilichen Kandidaten stimmen. Aber auch, wenn diese Gewinnung nicht zutrifft, wird man einen Abgeordneten wohl mit Sicherheit in die Regierung einbringen können.

Der vierte Wahlkreisverband ist ein preussischer, nämlich Berlin — A bis B mit I. Hier wurden bei der diesjährigen Landtagswahl zusammen 74 000 Stimmen abgegeben. Das reichte also für einen Landtagsabgeordneten, Aufsteig, auf den 50 000 Stimmen verrechnet wurden. Damit war gleichzeitig die Verwendung der überschüssigen 24 000 Stimmen auf der Landesliste, für Scheinver, sichergestellt. Gerade in Berlin also gilt die oft geübte Behauptung, daß die Stimmen verloren gegangen seien, zweifellos nicht. In

Berlin ist vielmehr jede staatsparteiliche Stimme zur Verwendung gekommen. Die 74 000 Stimmen würden auch ausreichen, um ein Reichstagsmandat zu erhalten, wofür 60 000 Stimmen erforderlich sind. Das Schicksal dieses Mandats hängt also lediglich davon ab, ob sich viele Wähler durch die Furcht, ihre Stimme zu verlieren, bewegen lassen, ihrer Partei abtrünnig zu werden. Das ist, wie jeder aus persönlicher Beobachtung weiß, schon am 24. April in allzu hohem Maße der Fall gewesen. Eine solche Haltung würde aber, wie aus den Äußerungen des weitestgehend, gerade für Berlin bedeuten, daß die Stimmen, die für die Staatspartei abgegeben werden, und die doch zweifellos in seinem Falle unerheblich sein werden, ihrerseits verloren gehen. Mit anderen Worten, der überlegte Wähler, der für den Verlust seiner Stimme bangt, führt den Verlust der Reichstagsmandat in der Zahl der republikanischen Stimmen herbei.

Geht man nach dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung davon aus, daß nicht bis fünf Mandate in den Reichstagsverordnungen zugeeilt werden, so können auf der Reichstagsliste vier oder fünfmal 60 000, also 240 000 oder 300 000 Stimmen Verwendung finden. Das kann man jedenfalls nicht davon sprechen, daß die Gefahr des Stimmenerwerbes für denjenigen, der seinen Wahlsitzell bei Ziffer 8 anträgt, besonders hoch sei. Das gilt auch für den Wähler in den folgenden staatsparteilichen Wahlkreisen. Die meisten Wähler in den staatsparteilichen Wahlkreisen hängen nun mit sagen, daß die größere Gefahr auf der entgegengesetzten Seite liegt, nämlich darin, daß er zwei Mandate, ein Grundmandat und ein Reichstagsmandat, durch die Entziehung seiner Stimme aufs Spiel setzt.

Stimmenerwerb hat sich in manchen Kreisen die Verteilung verbreitet, daß die Stimmen der Kreise, die keinen Kandidaten durchbringen, in jedem Fall verloren seien, das

Es lohnt noch!

Der Berliner Theologieprofessor Titius wendet sich im Demokratischen Zeitungsdienst an die freiheitlichen Wähler mit der dringenden Aufforderung, der demokratischen Sache treu zu bleiben. Er schreibt:

Was nun jeder dem Liberalismus vorgebracht hat, gilt auch heute: Neben religiöser Duldsamkeit und geistiger Freiheit der Einzelangehöriger voreingetilt für alle Stände; Inorrigente Selbsthätigkeit und beschränkte Selbstverantwortlichkeit jeder Person; freudige Singebare in die Aufnahmefähigkeit der ganzen Menschheit in einem Bunde freier und gleichberechtigter Wähler bei selbstverständlicher Schwandheit und Singebare in die eigene Hand; und das eigene Volk; eine freie wirtschaftliche Entwicklung, nicht unnötig eingekürzt durch politische und finanzielle Gesichtspunkte.

Alle diese hohen Ideale eines wahrhaft sozialen und nationalen Liberalismus haben auch heute von ihrer Anziehungskraft nicht nichts verloren, und ihre Bedeutung für die Politik, so für die gesamte Zukunft des deutschen Volkes, ist größer denn je. Während viele Gedanken noch nicht genügend erprobt (während sie doch in Wahrheit bestätigt worden haben), so möchte ich gerade heute das Gebot der Stunde sein. Alles in der Innern wie in der äußeren Politik muß getrieben auf sie hin als auf die einzig mögliche Richtschnur, deren Befolgung uns aus der unheilvollen Benützung und dem Elend unserer Zeit vor der allgemeinen Lage herausführen kann.

Bewaffnete S. A.

Pistolen, Revolver, Totschüssler

In den letzten Tagen ist, wie in der „Vossischen Zeitung“ mehrfach berichtet, bei Durchzügen von Nationalsozialisten auf der Straße in zahlreichen Fällen Waffenbesitz festgestellt worden. Auch heute ist wieder ein bedeutender Waffenfund bei Nationalsozialisten gemacht worden.

Am 28. Oktober in Berlin wurde um 10 Uhr vor-mittags ein offenes Kaffeehaus, das aus Telfow kam und auf dem sich trotz des Demonstrationverbotes Nationalsozialisten, zum Teil in Uniform, zum Teil in Zivil, befanden, angehalten. Die Polizei durchsuchte sowohl die Anwesen wie auch den Wagen. Bei den 25 Teilnehmern der Fahrt wurden gefunden: 4 Revolverpistolen mit 75 Schuß Munition, 1 Trommelrevolver mit 25 Schuß Munition, 2 Pistolen, 2 Totschüssler, 1 Gummipistole, 2 weitere Pistolen, 13 faulstehende Pistolen.

Die 25 Nationalsozialisten wurden festgenommen, der Wagen polizeilich beschlagnahmt.

Ein Greifenwagen der Polizei hielt in der Nacht Nationalsozialisten bei verbotener Arbeitstätigkeit an. Bei einem in ihnen fand man: 1 Trommelrevolver mit 6 Schuß Munition, 1 Dolch, 1 Gummipistole.

Die in Sagan verhafteten Nationalsozialisten haben schwerer Strafen zu erwarten. Zunächst ist ihr Verbleib gegen das Demonstrationverbots mit dem Wahren Offiziell bedroht. Ferner ist die Polizei keineswegs unbedacht der rechtlichen Konsequenzen verbotenen Waffenbesitz mit Polizeihilfe bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Prager Alarmbereitschaft am Wahlsonntag

Die Reichstagswahlen am nächsten Sonntag haben die tschechoslowakischen Behörden zu Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt.

heißt also, daß sie nicht auf die Reichstagswahlen kommen. Das ist, wie die oben weitergegebenen Beispiele zeigen, zweifellos falsch.

Bei dieser näheren Betrachtung ist die Tatsache, daß die politische Lage für die Staatspartei jetzt günstiger ist, als zur Zeit der Landtagswahlen, noch gar nicht vernachlässigt. Denn ihre Bemerkung bleibt natürlich bis zu einem gewissen Grade im Zentrum für die Zeit nach der Wahl, die für den Wähler, der von den demotivierten Grundbesitzern erfüllt ist, die Stimmabgabe für eine andere republikanische Partei keinesfalls ein vollständiger Erfolg ist. Gewiß hat die Persönlichkeit und das Schicksal Brünings die Anziehungskraft des Zentrums auf für bürgerliche Demokraten sehr erhöht. Aber sie können um die Tatsache nicht herumkommen, daß das Zentrum für die Zeit nach der Wahl die über die Wahlhandlung freigeistig verhalten hat, sowohl im Reich wie in Preußen. Wenn es dann ein Kabinett mit dem Nationalsozialisten bilden, so mag es dafür Gründe haben, die von seinem Standpunkte aus durchaus berechtigt sind. Für die bürgerlichen Demokraten aber wird es dann um so wichtiger sein, daß die Opposition gegen diese Regierung so stark wie möglich ist. Aus dieser ganz einfachen Erwägung versteht sich eine Stimmabgabe für das Zentrum.

Der etwa aus diesem Grunde Stellung haben sollte, für die S. V. D. zu stimmen, der möge sich — von allem Grund-sichtlichen einmal abgesehen — überlegen, ob er die sozialistischen Experimente unterlassen will, zu denen sich die S. V. D. — ob gern, ob ungerne — einfach infolge der doppelten Konkurrenz der Kommunisten und der Nationalsozialisten genötigt sehen wird. Die kürzesten Einkommensverluste im Preussischen Landtag geben bereits einen Vorgeschmack.

Der allem aber: Die Opposition gegen die Regierung der Reaktion bedarf, um wirksam zu sein, unbedingt eines bürgerlichen Flügel. Denn nur er verhindert, daß die Meinung aufkommt, die deutsche Republik sei nur noch eine Klassenangelegenheit der Arbeiter. Erst wenn diese Ansicht herrschend würde, hätte die Reaktion gewonnenes Spiel. Erich Eyck.

Aber, sagt man, alle diese Erwägungen kommen zu spät! Die bürgerliche Mitte ist bei den Preußenwahlen so zusammengebrochen, daß es nicht mehr lohnt, sich für sie einzusetzen. Nun, Preußen ist nicht das Reich; hier ist der Liberalismus als Volkswegung älter als in Preußen. Aber selbst auch, seine Macht im deutschen Volke ist zur Zeit bedeutend geringer, das ist noch kein Grund, die alte Fühne zu verlassen. Wie hat sich der Liberalismus auf die Zahl verhalten. Überlegen wir das noch einmal: Wenn es den Nationalsozialisten gelänge, mit 100, sagen wir selbst mit 200 Mann in den Reichstag einzuziehen, was wäre dann gewonnen, wenn es sich, wie andernorts bisher, nur um ebensolche Stellen handelte? Ein Zugang wirklicher Charakteristika, der über die besten Erfahrung und über Urteil verfügen, ist mehr wert — selbst für eine Partei und höchstlich für das deutsche Volk. Schon daher ist der bürgerliche Liberalismus den Nationalisten weit mehr von seiner Eigenart aufgeheißt als der Zahl seiner Vertreter entspricht. Das kann auch im neuen Reichstag erreicht werden, so es wird hier von besonderer Bedeutung sein.

Immer mehr gewinnt die Erwartung an Wahrscheinlichkeit, daß sich im neuen Reichstag eine Konstellation ergeben wird, bei der sich die beiden Hauptgruppen die Waage halten werden. Um so mehr ergibt sich daraus, wenn nicht eine Diktatur Platz greifen soll, die Notwendigkeit, Äußerer, Charaktere, Führer in den Reichstag zu entsenden, die als alte Vertreter der Staatspartei, D. h. des echten Staatsgedankens sich Beachtung und Einfluß erlangen.

anläßt. Da an diesem Tag Demonstrationen der deutschen Nationalsozialisten und der Kommunisten bestritten wurden, wurde in Prag und in den deutschen Randgebieten Verhaftung der Polizei und Gendarmen angeordnet.

„Perish Judea!“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. JULI

Der „Daily Express“, der früher die größte Sympathie für die Hitler-Bewegung zeigte, hat, wendet sich heute in seinem Beilagenartikel gegen die antisemitische Seite der Nationalsozialisten. In dem „Perish Judea! (Juda verberet)“ überschriebenen Artikel heißt es:

Die antisemitische Kampagne der Hitleristen erhebt sich nun zu einem Cremona blühend. Jüdische Geschäftsleute und Handwerker werden beschlagnahmt, jüdische Arbeiter werden kriegsgefangen, jüdische Bürger verhaftet und jüdische Eigentümern beschlagnahmt. Die Hitleristen sind im Versuch ihrer Quantitäten ein Mandat für die Juden gegeben. Welchen Zweck kann diese wilde Verfolgung dienen? Deutschland kehrt nach einer Politik, die es retten soll, nicht von einem Vornam. Juda verberet ist das Schlagwort der Hitleristen. Erzingen sie die Botschaft, dann wird es die Götter der Welt sein.

Weiß-Ägypten-Terrim aufgehoben

Der Termin des Vizepräsidenten Weiß gegen den Haupt-schlichter des „Angebot“, Dr. Dipert, der am Freitag stattfinden sollte, ist vom Gericht aufgehoben worden. Zur Begründung des Beschlusses wird gesagt, daß der Hauptzeuge Kravitz sich zur Zeit nicht in London befindet und daß auch andere Zeugen zum Termin nicht erscheinen können.

Erlebter Schlaf

Von GRETE FISCHER

Eine von den sieben Hüten des Schlofs ist zerfallen. Eine von den siebenlichen Türen steht spaltbreit offen, ein irreder Stroß von Bewußtsein bringt ein.

Er schläft. Tief, noch ganz tief. Aber der Traum ist kein Traum mehr, die Ruhe nicht mehr vollkommen. Er fühlt sein schlafloses Herz. Er fühlt, daß er schläft.

Ungelächelt, schon nahe der Oberfläche, flüßt das Ich auf seinen Sinnen: er will noch schlafen. Nicht aufwachen. Recht tief, nicht tief, nicht, leicht noch einmal in sich zurück, in die Augenlider, der in sich geschlossenen Glieder, beimat des Atmens in die gute Stille.

Das weiß er. Aber sonst nichts. Von außen bringt nichts zu ihm her, von innen ist alle Kenntnis verperert. Er weiß kaum, wer er ist. Er weiß nicht, wo er ist. Wenn er jetzt erwacht — wo wird er sich finden?

Weil er das nicht weiß, wachst irgendeine Angst auf, tief und dunkel — es zu erfahren. Schlaflos! Nicht aufwachen! Das ist eine Warnung. Best ist es gut. Wenn diese aufsteht — was ist dann?

Wacht er dann auf in der Dämmerdämme eines vertrauten Zimmers? Das Fensterleucht schon lister auf der matten Decke abgezeichnet — vielleicht schon Helle eindringen durch die zarten, die Schweben verschillenden Vorhänge? Wagt er in dem glatten Neben ströher Kafen, von der feberelichten Decke warm umhüllt?

Er weiß es nicht. Er braucht nur die Sand aussutreten, tausendmal gelane Bewegung, nach dem Schalter der kleinen Leuchte. Er wird nicht in das Wasserlass stehen, das immer befecht, nicht an die Wälder, an die Ufer, die barenben liegen — aber Sand kennt die Weg, findet den Anknüpf. — Aber die Sand schlafst noch, der Befehlslos von Hien her ist bloßdort. Und der Wille, die Gemüßheit zu finden, ist lahm.

Schlafen! Das ist nicht genug, daß es so alte Zimmer ist. Die bunte flüchtige Tierwärme des schlafenden Leibes muß nicht von dem guten Bett gestützt sein, auch eine Herbede muß haben, die Glieder sich erst an die Lage gewöhnt, ihre Mühe in sich gelunden, dann man auch auf der bräutigen, famigen Decke schlafen, auf ungenosen Brettern, wie im Unterland, nicht leicht ist es. Man kann gewacht werden von einem Alarmglock, von lächen Kärm eines neuen Feuerbüchse, Alles andere war ein Traum — man hat von Zuhause geträumt, vom gestiegen Leib im warmen Bett —

Wenn er sich jetzt wach, wach er alle Zerwe wieder auf. Weht nicht ein kleiner Lüftzug drüberhin? Raßelst etwas? Co kann die Gettung sein auf dem Rücken oder vergesen auf der Bettdecke. Es kann auch eine Matte sein, die an den Gefleht nagt, an den müßigen geschlachten Vorräten. Auf Selbst! Aber soll sie sich fallstrennen. Schlafen ist besser als sich retten.

Die Menge liegt auf der Schulter, die Sand in der Ellenbeuge, die hochgehobenen Arme nolenben den Ring.

Co lag man im Mutterleibe, schlaf als Kind, behütet, geboren. Schlaf, guter Schlaf, behütet, gibt Geborgenheit. Nicht aufwachen!

Vielleicht liegt man nur in einem fremden Sotel, atmet beim Erwachen den staubigen Geruch flüchtig gebelirteter Zepidine, den Rauch von fremdem Zohnwahr, Gasse — bei der Ankunft hat man das Aroma überleben müssen, die Raßhelteber gelöst, das frische, vom Wollschuß flüchtige Bettzeug langsam erwärmt und sich zu legen gemacht.

Sieht sie es gut, endlich! Morgens fah man Bett und Zimmer erträglich finden. Dann hat sich hineingelassen. Aber erwacht man jetzt, so fiele die ganze Fremtheit über einen her, die Einfamtheit der ungewohnten Stadt —

Ungewohnt. Wohnen kann man nur in sich. Einfamtheit. Nicht allein sein, das fröhlich schöne Alleinsein im Schlaf. —

Oder darf man die Sand austreten, um die lieble Gelfast neben sich zu fühlen? Ist sie wieder da, alles ausgelöscht, was bezwungen hat, oder alles war ein schlummer Traum — Traum allein, daß sie fort war, daß man sie nie verlassen hat. —

Traum allein. Auch daß sie jetzt, daß man ihr je begegnet ist, eine Fremdbewegung, eine geträumte Gelfaste — freud die Sand nicht aus, die sie nicht da. Befehle sind, bewahre sich wenigstens vor dieser Enttäuschung, sie wieder zu verlieren, sie wieder nicht zu finden!

Schlaf ist gut, nur Schlaf ist gut. Streckt sich die Sand aus und findet Atmenendes neben sich — vielleicht streift sie den dreitragigen Bart des Fellen-genossen, seinen harthärtigen fahmigen Nals unter dem überwundenen Kaffee der Nichtigkeitsfrage. — Kannst du, im Schlaf Geborgene, den Schreid überleben, du auch die Freiheit zu Ende ist, das behagliche Neben zu Hause für immer verlaßt gegen eine harte Freiheit, die abends von der Sand herabgelächert wird — Ist das Traum? Man schlafst nicht zu zweit im Unterlandesgefängnis. Das prüft eine Erinnerung an die Kästern herein, an die Baracken im Siegel, Quartier und Baracken.

Quartier, es riecht je nach Sand, nach Chloroform und Weich, was undefinierbare Gemüß der Krankenhaus-laborche. Klang nicht bei Bett, endlich die stählerne Matratze, ein weißes farges Gemüß mit dünner Geesgar-schicht über dem Draßboden — Inadte es nicht eben, als die Reime sich strecken? Streckt die Sand sich aus — sie

wird die fallen Stangen des Raßstifts fallen, die Glas-platten über die Fensterrahmen und Matte liegen, Flächen-schichten und Wälderblenden stehen —

Es hat doch etwas weh — ein feiner Schmerz, tief innen, betäubt, zugebeut dem Schlaf, den ein paar barmherzige Mittel herbeigeleitet haben, endlich endlich geacht, freundlichen helfenden Schlaf.

Er ist noch zu müde, er möchte diese Ruhe festhalten, die Dunkelheit, Schmerzlosigkeit, Sicherheit.

Mann man müde sein, wenn man schläft? Schlaf ist noch? Doch, und er weiß, daß er schläft. So hat er schon als Kind den Schlaf festgehalten, morgens, wenn es noch dunkel war, morgens früh, nachdem der Vater schon die Gaslampe angezündet hatte, mit lesem Knall, das Streichholz noch brennend, es noch noch ein bißchen nach Was und dem Wüß-trumpf — man sollte aufstehen, aber noch konnte man es nicht — noch zwei Minuten — eine Minute noch!

Und so war es jetzt. Noch eine Weile, bettete er den Schlaf — noch eine Weile blieb bei mir. Das schlechte Bewußtsein des Schlafbildes, das seine Aufgabe nicht gemacht hat, war ein Gefühl. Wenn es erst Morgens war, Aufstehen, Waschen — dann mußte sich herausstellen, was nicht richtig, was man geflüstert war —

Etwas himmt nicht. Es ist wie schlechtes Gemüß. Deshalb liegt er ja im Gefängnis, hart, eng umschlossen von Mauern und Dunkelheit und nur für den Augenblick noch geborgen in den engen schließenden Armen. Sie haben ihn verfolgt, sie waren hinter ihm her. Wenn er aufwacht, geht die Flucht weiter.

Der Geist der neuen Mathematik

Das Doppelgesicht der Axiomatik

Die alarmierenden Nachrichten der letzten Jahre von dem Streik um die Grundlagen der Mathematik haben den Eindruck gemacht, daß der gesamte Aufbau der Wissenschaften dadurch in Frage gestellt sei. Aber ein Blick auf die Mathematik, wie sie tatsächlich betrieben wird, zeigt, daß die verheerendsten Privatanschaungen über ihr geeignetes (beziehungsweise oder erst zu schaffendes) Fundament ihren Fortgang in keiner Weise haben beeinflussen können. Diese Unabhängigkeit besagt jedoch nicht, daß die Wissenschaft in hergebrachten Formen lehrbarlich sich erhebt. Vielmehr liegt gerade in der letzten Jahrzehnterbarismus der Wissenschaften die Gefahr der Zerschlagung in großer Tragweite freudig gemacht worden; es verlohnt sich, diese Ideen einmal ohne Verwendbung der symbolischen Fachsprache zu charakterisieren, denn sie umfassen ein wichtiges Kapitel gegenwärtiger Wissenschaftstheorie.

*

Von außen gesehen dokumentiert sich die Entzweiung in dem fortwährenden Triumph der axiomatischen Methode. Wohl hat es, seit um 300 v. Chr. Euklid seine „Elemente“, oder wenn wir Heinrich Schöli's geistreicher Interpretation folgen dürfen, gar schon seit Aristoteles die „Analytics posteriora“ (deutsch, zu fast allen Zeiten „Geometrie“) gegeben: nämlich das Verfahren, die Grundbegriffe und die Grundtatsachen, aus denen sich die künftigen Begriffe und Sätze einer Wissenschaft definierbar, bzw. deduktiv ableiten lassen, vollständig zu kennen“ (Hermann Heintz). In diesem Sinne verstanden entzweit die Axiomatik einem Vorbildnis, das bei der Vereinfachung der Ergebnisse wirklich bemühten Voraussetzungen.

Wohr aber eine solche Auffassung ging um die Jahrhundertwende David Hilbert in einem berühmten „Grundriss der Geometrie“ wesentlich hinaus. In diesen klaffenden Riß (das in 7. Auflage, an den letzten Stand der Forschung gebracht und mit neuen mathematisch-logischen Anhängen versehen, bei W. O. Reuther in Leipzig erschien), wird durchweg nicht allein nach dem Verfahren der Hilbert, sondern auch gewisse Beweismethoden, die sich unterhalb fanden, sondern obenwärts, wie es gefahren kann. „In dieser Unterlegung leitete um der Grundbiss, eine jede sich darbietende Frage in der Weise zu erörtern, daß wir zugleich gewisse Voraussetzungen annehmen, unter denen die Lösung eines mit gewissen eingetragenen Hilfsmitteln möglich ist.“

Logische Durcharbeitung und Formalisier des Beweismaterials, das also ist sein Forschungsprogramm. Jedes Axiom, jede Axiomengruppe wird einzeln auf Tragweite und mögliche Anschließbarkeit hin untersucht. „Es verlohnt man sich Einbild in das Zielbereich der Hilbert bei dem komplizierten Beweismaterial, das das mathematische Beweismaterial darstellt; so ergaben sich Resultate von folgendem Typus: „Das Theorem ... läßt sich allein mit Hilfe der Axiome ... nicht aber schon aus den Axiomen ... herleiten“, oder: „Alein Beweile der Sätze ... muß man entweder die Axiomengruppe ... oder ... heranziehen“ usw. Sind für einen Satz verschiedene Ableitungen bekannt, so werden die Beweismethoden aus genauefter Freigabe und untereinander verglichen; überflüssig gelassene mehrere Dispositionen sind meist gemeinsam aufzubauen, wie sie sich nur in der Natur ihrer Objekte, nicht im formalen Apparat unterscheiden. Es gibt z. B. eine Fülle grundlegenden Aussagen, die für Zahlen, für Permutationen, für Wurzeln von Gleichungen, für zahltheoretische geometrische Gebilde gleichsam gelten. Dieses Wärdchen von den individuellen Eigenschaften und der Überlegung von den Eigenschaften der Erkenntnis zu den bei bestimmten Operationen

die eigene Frucht, die ewige Mühe. Diese Kraft nur ist noch gewohnt. Diese Kraft wird ihm niemand rauben, auch wenn ihn das letzte Leid trifft, wenn er wirtlich hungert, wenn ihn, verlassen irgendwo liegen wird — er wird doch liegen und schlafen. Irigendwann, zwischen den Zeiten, irgendwo, zwischen Frucht und neuer Frucht, zwischen Tag und neuem Tag.

Jetzt — jetzt weiß er, wer er ist. Er ist wieder Alfred, der Brandförderer B. — er hat Sorgen, Schindeln, neuen Sorgen. Er hat viel Aussehen gemüß, die nicht können. Er muß dafür sorgen — jomohl, alle Fehler, selbstherbeizuleute und fremde, für die er verantwortlich ist, muß er auf sich nehmen. Verantwortung. Er hat die Verantwortung. Er muß vor Gericht.

Er wird sich nicht verteidigen. War er doch? Ist er das? Der vor den Richtern stand und sprach, mit Advokaten sprach, redete und reden hörte — reden, reden — (Oh, und irgendwie ist ja schon)!

Reden in Unterlandeshaft war, freigelegten, freigegeben, sich eine Regel durch den Kopf schliefen wollte, weil — warum? Weht die Frau nicht zu ihm hielt, seit er vertrat sich bewacht war? Weht er nicht Weht mehr hatte? Weht ihn die Verantwortung erdrückte?

Ich, weil es zu schwer war, zu schwer, zu schwer — schwerer Schlaf. Erschöpfung, Fehlbildung der Erschöpfung. Aber besser als Wärdchen. Besser als leben —

*

„Schlief er immer noch?“ fragt der Arzt. „Ja. Aber es ist bald vorbei“, antwortet die Schwester.

Co erweilt sich die Axiomatik allenthalben innerhalb der Mathematik als fruchtbarer Forschungsprinzip. Nicht man aber von einem höheren Standort auf das Gefüge der Wissenschaft hin gangen, dann bietet sich ein völlig anderer Pfecht. Hier heißt man auf natürliche Grenzen, die der Beweismethoden gefest sind und deren Überforderung nicht gefahrlos ist. Hier allein muß bedacht werden, daß Axiomatik keine Axiomenlehre ist. Sie besteht nicht als starre Methode unabhängig von dem der Analyse ausginglich zu machenden Material, sondern erwacht an ihrem jeweiligen Gegenstand. Nicht das Finden von Entdeckungen, sondern das aufstellen neuer Zusammenhänge zwischen bekannten Tatsachen wird durch sie erleichtert. Man sollte daher Axiomatik nicht um ihrer selbst willen betreiben; dies es gibt gar nicht eigentlich „die“ Axiomatik, es gibt stets nur axiomatische Beweismethoden.

*

Diese Erkenntnis läßt eine gewisse Grenze festhalten, wenn es unmöglich, das Gange der Mathematik (nicht bloß den einen oder anderen ihrer Zweige) zu axiomatisieren. Nicht lo sehr, weil das Gebiet dem Umfang nach zu mächtig, sondern namentlich, weil unangeführten und freis wesentlichen Erweiterung möglich und den Überforderung nicht gefahrlos ist. Hier allein eine vollständige Fülle künftiger in der Mathematik zulässigen verbindigen Schlüsselvorleser mit enthalten. — Auf dem letzten Wärdchen-Kongress (in Bad Hildes) fand eine interessante Diskussion über diese Thematik statt. Professor G. B. Cantor's Beitrag über die Grundlagen der Mengenlehre wurde mit großer Begeisterung aufgenommen, doch so etwas möglich ist. Was kann lo gar nicht wissen, was für Schlüsselvorleser nach dem Laufe der Entwicklung neu eingeführt — und vielleicht bereitwilliger anerkannt

Auf der Berliner Sommerchau am Fantumum hat man sich in diesem Jahr den bildenden Künsten zuwenden die ...

Die Ausstellung der Physiologie am Staatlichen Museum stellt die ...

In der Ausstellung der Berggemeinschaft, in der ...

„So. Aber ich mein', Theres, das ist doch so'n netter ...

„Was mein Kind“, antwortet er ruhig, „du willst was mit ...

„Infang Mary wurde aus meinem Doornlaufen mit. Aber ...

Der Erforscher der Herz-Hormone. Der Germanische ...

Eine Schrift des Galen. In der philosophisch-historischen ...

Vollmangel im Arbeiterhaushalt. Professor Carl ...

„Und so bin ich auf diese schredliche Welt gekommen“, ...

„Bist denn Theres jetzt auch mit: glud-glud-glud rimm ...

„Merger, August. Aber manchmal bist es auch von unten ...

festbedarf muß eben befriedigt werden. Tiefes Unter- ...

AUS DEN HOCHSCHULEN

Neue Akademienmitglieder. Von der Preussischen ...

Der Berliner archäologische Lehrstuhl. Professor ...

Neue Privatdozenten. An der Berliner Universität ...

Die Wiener Ordinarius für Privatrecht Professor Georg ...

Die Universitätsrektor Professor Ludwig Falck ist zum ...

fragt dies und das, und endlich ist sie bei Willi ...

„Ach, du kennst doch auch den Willi, der uns ...

„Er kann heute abend auf unser Kiefernberg, da will ich ...

„Was man das erkennen kann? August richtet sich auf ...

